

POZILEI

Ⓐctivism is
not a crime

Dezember 2020 & Januar 2021

KORRUPTION



KTS-Bürokratie

Jeden Montag um 20 Uhr Plenum.

Veranstaltungsplenum jeden ersten und dritten Montag im Monat.

Programm und Koraktorbeiträge bitte spätestens bis zum 15.

des Vormonats per Formular: www.kts-freiburg.org/formular

KTS, Baslerstraße 103, 79100 Freiburg, 0761/4002096

<http://kts-freiburg.org>

Bei politischen Angelegenheiten bitte die Gruppen kontaktieren

Infoladen in der KTS



*"Hier werden linksextremistische Informationen in Form von Zeitschriften, Broschüren, Flugblättern, Büchern, Videos sowie Ton- und Datenträger archiviert, diskutiert und verbreitet."** [Verfassungsschutz NRW über Infoläden]

Geöffnet am Mittwoch von 18 bis 20Uhr

*Ebenfalls gibt es Bücherverleih, eine kleine Auswahl von Buttons & Patches und immer Espresso gegen Spende.

Die OpenPGP-Fingerprints der Gruppen in der KTS:

Name-E-Mail-Adresse

Fingerprint

Autonome Demosanis Freiburg - a-demosanis-fr[at]riseup.net
0A8A A1B9 FC00 2B86 0F06 DC36 9E51 C17B 0ACE 1241

Autonome Antifa Freiburg - freiburg[at]autonome-antifa.org
2054 9447 8543 18A0 B3F4 7B3B A291 68F4 2AFF 0098

EkiB Freiburg - ekib[at]immerda.ch
6495 53FF EC64 7320 F534 FFDF 149E C711 751A 9FC5

Ermittlungsausschuss Freiburg - eafreiburg[at]linksunten.ch
0008 4410 F14F 7788 0411 6B0C D553 8D4E C7D3 0A53

Infoladen KTS - infoladen[at]kts-freiburg.org
D70E 6235 FF14 E835 7943 0863 C884 3118 D7C0 FAE4

Koraktor - koraktor[at]kts-freiburg.org
9057 C337 B8CE A9A5 33BF F537 8295 0B46 E87B 9BDD

VoKüfA - vokuefa [at] lists.immerda.ch
9950 0370 09B1 573D 88D0 8DB5 7D52 25DB AD74 E216

Webmaster KTS - webmaster[at]kts-freiburg.org
3023 FA54 9920 77C7 3D64 AB6F 1FE3 34FE BFFC 5514

Schlüssel unter zimmermann.mayfirst.org, Praxis unter kts-freiburg.org/pgp

linksunten-Razzia in der KTS 2017 war rechtswidrig

Communiqué vom 11.11.2020

Es gibt für Linksradikale wenig gute Gründe vor Gericht zu ziehen. Ein Einbruch in unser Autonomes Zentrum [1] auf Befehl des Bundesinnenministeriums, bei dem richtig viel geklaut wurde, gehört vielleicht dazu. Die Hoffnung, einen solchen Prozess zu gewinnen, eher nicht. Und dennoch hat der 1. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) am 12. Oktober 2020 beschlossen, dass die Anordnung des Verwaltungsgerichts Freiburg (VG) vom 22. August 2017 zur Durchsuchung der KTS Freiburg rechtswidrig war (VGH 1 S 2679/19) [2]. Die Entscheidung ist unanfechtbar.

Das Bundesministerium des Inneren (BMI) hatte am 14. August 2017 die linksradikale Nachrichtenseite Indymedia linksunten [3] über die Konstruktion eines Vereins „linksunten.indymedia“ verboten [4]. Das BMI ordnete die Beschlagnahme sowie Einziehung des Vereinsvermögens an und beauftragte das Regierungspräsidium Freiburg (RP) mit der Durchführung.

Vom BMI wurden in einer Liste fünf Personen als Mitglieder des konstruierten Vereins benannt. Die KTS tauchte in dieser Liste lediglich als „Infrastruktur“ ohne Zuordnung zu vermeintlichen Vereinsmitgliedern auf. Das BMI hatte sich deshalb laut VGH nicht festgelegt, ob es die KTS nun als „Vereinsheim“ ansah oder nur als einen Ort, der unter anderem auch gelegentlich von dem „Verein“ genutzt wurde.

Laut VGH könne „nicht allein aus den Angaben des BMI zu den regelmäßigen Treffen des verbotenen Vereins im KTS der Schluss gezogen werden, dieser Verein sei deshalb bereits Mitgewahrsamsinhaber der Räume, die er nicht selbst gemietet hatte und in denen auch nach den Angaben in der Verfügung regelmäßig Treffen und Veranstaltungen von anderen Personen und Gruppen aus der linken Szene stattfanden.“

Zudem hatte das BMI dem RP nicht freigestellt, nach Gutdünken, pardon, eigenem Ermessen über diese Frage zu entscheiden. Da eine Razzia wie die am 25. August 2017 in der KTS ein schwerwiegender Grundrechtseingriff ist, hätte das RP laut VGH-Urteil daher nicht aufgrund eines Gefälligkeitsgutachtens des Inlandsgeheimdienstes – in beamtendeutsch „Behördenzeugnis des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg“ – die Durchsuchung der KTS beantragen dürfen bzw. das VG hätte den Antrag abweisen müssen.

Der VGH schreibt, dass „die Erkenntnisse, die den Beschwerdegegner zur Annahme veranlasst haben“ eines der vermeintlichen Vereinsmitglieder „sei nicht nur Nutzer, sondern Mitgewahrsamsinhaber der KTS-Räume gewesen“ stammten nicht vom BMI, sondern aus „einem Behördenzeugnis des Landesamts für Verfassungsschutz, das von dieser Landesbehörde erst nach dem Eingang des Vollzugs- und Ermittlungersuchens am 17.08.2017 erstellt wurde“.

Nach drei Jahren hat also das oberste baden-württembergische Verwaltungsgericht letztinstanzlich festgestellt, dass die KTS Freiburg am 25. August 2017 nicht hätte durchsucht werden dürfen. Denn die KTS ist kein „Vereinsheim“ von Indymedia linksunten und das beschlagnahmte Geld auch nicht „Vereinsvermögen“ eines Vereins, den das BMI überhaupt erst konstruiert hat. Der KTS-Anwalt hat nun die Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände sowie des beschlagnahmten Geldes gefordert.

GEBT DIE SACHEN RAUS! HER MIT DER KOHLE!

KTS Freiburg

[1] kts-freiburg.org/?article2616

[2] lrbw.juris.de/cgi-bin/laender_rechtsprechung/document.py?Gericht=bw&n1=32580

[3] linksunten.indymedia.org

[4] autonome-antifa.org/?article383

Der Infoladen und Corona

Der Infoladen Freiburg ist eine Sammelstelle für linke Debatten und Lektüre zu allenmöglichen gesellschaftskritischen Themengebieten. Der Infoladen ist eine linke Ausleihbibliothek mit einer großen Bücherauswahl. Dort können auch verschiedene Zeitschriften gelesen und mitgenommen werden. Außerdem hat der Infoladen Sticker, Flyer, Plakate und Aufnäher für den persönlichen Gebrauch.

Aufgrund der derzeitigen Corona-Situation ist der Infoladen leider nicht so nutzbar, wie ihr es gewohnt seid. Um dennoch den Infoladen für euch nutzbar zu machen, könnt ihr uns einfach eine Mail schreiben, wann ihr gerne den Infoladen nutzen wollt und wir versuchen euch dann zeitnah zu antworten und die Infoladennutzung zu eurer Wunschzeit zu ermöglichen.

Wenn ihr wissen wollt, ob bestimmte Bücher in unserem Bibliotheksbestand sind, könnt ihr auf folgender Website nach dem entsprechenden Buch suchen und könnt dann sehen, ob wir es in unserem Repertoire haben: ildb.nadir.org (Dataspace)

Außerdem haben wir folgende Zeitungen im Abo:
-Analyse & Kritik - Zeitung für Linke Debatte und Praxis
-An.Schläge - Das Feministische Magazin
-Alhambra - Zeitung und Programm

-Antifaschistisches Infoblatt
-Autonomes Blättchen
-Der Rechte Rand - Magazin von und für Antifaschist*innen
-Interim - Regelmäßig unregelmäßig erscheinende Politinfo aus Berlin
-Konkret
-Der Lichtblick - Unzensierte Gefangenenzeitung
-Lotta - Antifaschistische Zeitung aus NRW, RLP und Hessen
-Megafon - Die Zeitschrift aus der Reitschule in Bern
-Oxi - Wirtschaft für Gesellschaft
-Phase 2 - Zeitschrift gegen die Realität
-Die Rote Hilfe

Wir freuen uns, wenn ihr auch trotz Corona-Virus Lust habt unseren Infoladen zu nutzen (auch wenn nicht wie sonst üblich mit regulären Öffnungszeiten) und sind auch gerade dabei gewohnte Veranstaltungen eher in den virtuellen Raum zu verlagern, also haltet Augen und Ohren offen!

Per Mail erreicht ihr uns immer unter: [infoladen\[at\]kts-freiburg.org](mailto:infoladen[at]kts-freiburg.org) (GPG-Schlüssel:D70E 6235 FF14 E835 7943 0863 C884 3118 D7C0 FAE4)

Euer Infoladenkollektiv

Widerstand und Blockaden gegen die Piusbrüder sind legitim und nicht kriminell

Wie jedes Jahr machten auch 2019 die Piusbrüder ihren Gebetszug zum 'Schutz des ungeborenen Lebens' in Freiburgs Straßen. Wie jedes Jahr gab es eine Gegendemonstration von engagierten Menschen, die einfallreich und laut der reaktionären Sekte entgegentraten. Wie jedes Jahr war die Polizei mit massiven Kräften vor Ort und versuchte mit aggressivem Auftreten die Gegendemonstrantinnen einzuschüchtern. Körperlich sehr robust brachen Polizeiketten durch stehende Protestgruppen, bedrohlich nahe kamen berittene Polizeikräfte zum Einsatz. Flugblätter

wurden einfach einkassiert.

Ich war Mitdemonstrant und begleitete den Protestzug am Rande mitlaufend. In der Friedrichstr./Ecke Merianstr. überholte eine kleine Gruppe (ca.10 Pers.) den Gebetszug der Piusbrüder und wollten sich diesem mit entblößten Oberkörpern in den Weg stellen.

Ich sah, wie auf diese Gruppe Polizeipferde in rasendem Tempo zuritten, gleichzeitig rannten viele Polizeikräfte heran und rissen rabiat die

Demonstrierenden auseinander, wodurch einige stürzten, wieder hochgezerrt und gestoßen wurden. Diese unverhältnismäßige Härte des Polizeieinsatzes war für mich unerträglich. Deshalb eilte ich hinzu und intervenierte, indem ich die aggressiven Polizisten anschrte, sie sollen diese Angriffe sein lassen. Sofort schlug mich ein Polizist gezielt auf den unteren linken Brustbereich, so daß mir erstmal die Luft wegblieb. Weiteren Schlagversuchen in Richtung Gesicht konnte ich ausweichen. Die jungen Frauen wurden an den Straßenrand geführt und festgenommen.

Während der Piusbrüdermarsch Richtung Kartoffelmarkt weiterzog, beschlossen meine Frau und ich nachhause zu gehen und liefen in Richtung Rathausplatz. Wir waren so gut wie alleine unterwegs, plötzlich rannte von hinten eine Gruppe Polizeibeamte auf uns zu und rissen, ohne jede Ansprache, überfallartig, meine Frau von mir weg, sie stürzte die Hauswand hinunter, hat sich dabei nicht verletzt.

Ich selbst wurde mit Polizeigriff von mehreren Polizisten an die Hauswand gedrückt, mir wurden Handschellen angelegt und damit durch die Stadt bis zum Revier Nord geführt.

Die Anklage gegen mich lautet: Angriff auf Vollstreckungsbeamte § 114 StGB und Beleidigung § 185 StGB

Es wurden 100 Tagessätze zu 40 Euro angesetzt.

DIE PIUSBRÜDERSCHAFT – EINE KLEINE REAKTIONÄRE SEKTE – TROTZ DEREN UNBEDEUTSAMKEIT – NICHT ZU AKZEPTIEREN!

Sie treten auf als 'Lebensschützer', sind frauenfeindlich, homophob, rassistisch und antisemitisch. Die Aussagen des Holocaustleugners R. Williamsen (Prior der Sekte) dürften noch Einigen im Gedächtnis sein: "Die Juden erfanden den Holocaust, die Protestanten bekommen den Befehl vom Teufel und der Vatikan hat seine Seele an den Liberalismus verkauft." (Zitat)

Der aktuelle Oberprior der Sekte, in Stuttgart, meint: "Alle Juden sind am Gottesmord schuldig,

solange sie sich nicht durch das Bekenntnis der Gottheit Christi und mit der Taufe von der Schuld ihrer Vorfahren distanzieren."(Schmidberger)

Die Piusbrüderschaft tritt ein für eine autoritäre Gesellschaft und will einen Gottesstaat. Die politische Gewalt soll nicht vom Volk, nicht von der Basis ausgehen, sondern von Gott. Die Todesstrafe wird angestrebt.

Zur Erinnerung: Der Sektengründer, Lebebvre, war Befürworter der Diktaturen in Argentinien, in Chile, von Franco, von Salazare und der Vichy-Regierung.

Die Gleichberechtigung von Frauen wird bekämpft: Prior Schmidberger meint dazu: "Wir brauchen heute Männer, die Männer sein wollen und Frauen, die Frauen sind und sein wollen, d.h. Gehilfinnen des Mannes und Mütter der Kinder." Dazu bräuchten Frauen keine universitäre Ausbildung.

In ihren Kindergärten und Schulen vermitteln sie ein antiaufklärerisches Weltbild. Homosexualität ist Straftat, queere Menschen sind abartig, Verbot von Verhütungsmitteln und Abtreibung, Hetze gegen Muslime – Europa wird überschwemmt.. Untergangsdiskurse vom drohenden Aussterben des deutschen Volkes, Warnung vorm Zerfall der Sitten usw... viele inhaltliche Überschneidungen mit rechten und identitären Gruppen.

Diese faschistenfreundliche klerikale Sekte profitiert von demokratischen Rechten und bekämpft damit die offene Gesellschaft.

Gegendemonstrantinnen werden durch massive Polizeieinsätze zunehmend eingeschüchert. Es zeigt sich auf Freiburgs Straßen von Jahr zu Jahr mehr, dass jedweder Protest gegen die Piusbrüder kriminalisiert wird.

Wir fragen uns: In welchem Interesse agieren Teile der Polizei, wenn legitimer Protest von Antifaschistinnen derart angegangen und kriminalisiert wird?

Wir fragen uns: Wo bleibt die kritische Auseinandersetzung in der hiesigen Presse, 2019 war's keine Zeile wert.

Wir fragen uns: Wo bleibt die kritische Auseinandersetzung und Stellungnahme der Freiburger Gemeinderätinnen?

Polizeiposten in Freiburg mit Farbe attackiert

Der G20 Protest richtete sich 2017 gegen all die Gesamtscheiße, die uns hier umgibt und die nicht besser wird und stetig zunimmt. Wir sitzen heute auch immernoch im Herzen der Bestie, die stetig wächst und für die Umweltzerstörung, Kriege, sowie die gleichzeitige Abschottung und Ausbeutung von Menschen verantwortlich ist.

Und auch im inneren der Bestie ist die hässliche Fratze des Systems noch allzu deutlicher spürbar. Polizeigesetze werden verschärft, Überwachung ausgebaut, die Bewohner*innen der Liebig 34 durch über tausend Cops auf die Straße gesetzt und im Danni kappen die Bullen Traversen an denen Menschenleben hängen, während in Nürnberg eine Beamtenbeleidigung mit 1,5 Jahren Knast ohne Bewährung bestraft wird.

THATS WHAT DEMOCRACY LOOKS LIKE?

Um unserer Wut ein bisschen Ausdruck zu verleihen und solidarische Grüße an die zu senden, welche von Repressionen betroffen sind, haben wir in der Nacht auf den 28.11.2020 in Freiburg einen Polizeiposten mit Farbe verschönert.

ALL COPS ARE TARGETS - UNITED WE STAND



Dezentraler Aktionstag gegen Repression

Am Samstag, den 28. November, versammelten sich ab 14 Uhr etwa 50 Linksradikele am Freiburger Hauptbahnhof zu einer Soli-Kundgebung zum Tag X der Rondenbarg-Prozesse. Mehrere Reden und kämpferische Grußworte thematisierten die Repression während und nach dem G20-Gipfel in

Hamburg und die im Dezember beginnenden Prozesse gegen die Angeklagten im Rondenbarg-Verfahren. Mit der Kundgebung wurde auch zur bundesweiten Antirep-Demo am 5. Dezember in Hamburg mobilisiert.

+++ Solidarität mit dem Widerstand im Dannenröder Forst +++ Bündnis 90/Die Grünen zur Verantwortung ziehen Wald statt Asphalt - Waldbesetzung im Dannenröder Wald

Baum in Freiburg besetzt

Freiburg, 07.11.20 - Seit den frühen Morgenstunden besetzt eine Gruppe von Aktivist*innen einen Baum am Platz der Alten Synagoge. Unter dem Namen "Bündnis 91/Die Grüneren" wollen sie sich solidarisch mit dem Widerstand im rodungsbedrohten Dannenröder Forst (Danni) zeigen und auf die konzernfokussierte und zerstörerische Politik der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam machen.

Aktivist*innen einen Baum am Platz der Alten Synagoge. Unter dem Namen "Bündnis 91/Die Grüneren" wollen sie sich solidarisch mit dem Widerstand im rodungsbedrohten Dannenröder Forst (Danni) zeigen und auf die konzernfokussierte und zerstörerische Politik der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam machen.

Die Aktivist*innen fordern die Grüne Partei auf, die mit der CDU die hessische Landesregierung bildet, sich unverzüglich für echten Klimaschutz einzusetzen und die Rodungen und Räumungen in und um den Danni zu stoppen. Hierzu äußert sich die Aktivistin Robin Busch: "Nach wie vor glauben zu viele Menschen, dass wir der Klimakrise mit der Politik der Grünen Partei ernsthaft begegnen könnten. Im Wahlkampf schreibt sich die grüne

Freiburg, 07.11.20 - Seit den frühen Morgenstunden besetzt eine Gruppe von

Partei Klimaschutz auf die Fahne, doch sobald sie regiert, zerstört sie Ökosysteme. Statt sich konsequent gegen dieses skandalöse Bauprojekt zu positionieren, werden Verantwortungen mit Verweis auf Bundeskompetenzen oder Koalitionsverträge abgeschoben. Auch die Grünen in Freiburg müssen endlich Verantwortung übernehmen und Druck ausüben, um den Bau der A49 zu stoppen."

Die Besetzung läuft unter strenger Einhaltung des Infektionsschutzes. Alle Aktivist*innen halten angemessenen Abstand und tragen Mund-Nasen-Bedeckungen.

Der Dannenröder Forst ist ein 300 Jahre alter Mischwald in Hessen, durch den die neue Autobahn A49 führen soll. Diese soll Gießen und Kassel verbinden und parallel zur bestehenden A5 verlaufen, wofür im und um den Danni rund 100ha gesunder Mischwald im Natur- und Trinkwasserschutzgebiet weichen müssen. Seit dem 01.10.20 fallen bereits die Bäume in den benachbarten Waldstücken Herrenwald und Maulbacher Wald.

Um den Bau der A49 zu stoppen, besetzen Aktivist*innen seit September 2019 den Dannenröder Wald mit Baumhäusern. Für sie hat sich gezeigt, dass andere Formen des Widerstands, wie Demonstrationen und Petitionen, den Bau bisher nicht aufhalten konnten. Von den Aktivist*innen heißt es "Veränderung braucht mutiges und entschlossenes Handeln – deswegen besetzen wir!".

Der Danni ist, wie schon 2018 der Hambi, zu einem symbolischen Ort des Widerstandes geworden. "Denn genau wie der Abbau von Braunkohle gehört der Ausbau von Autobahnen in das letzte Jahrhundert", so die Aktivist*innen von "Bündnis 91/Die Grüneren". "Hier wird unter Federführung einer angeblichen Umweltschutzpartei für stumpfes Wirtschaftswachstum unsere Umwelt zerstört. Und das in einer Zeit, in der voller Einsatz für Klimaschutz angesichts der unmittelbar drohenden Klimakatastrophe die einzig angebrachte Handlungsmaxime wäre".

Der Danni und die benachbarten Waldstücke werden im Moment trotz ihres Wertes für das Ökosystem von der schwarz-grünen Landesregierung Hessens in Zusammenarbeit mit



der Polizei gewaltvoll ge-räumt. Die Grünen betonten in diesem Prozess immer wieder, sie seien handlungsunfähig und könnten den Beschluss des Autobahn-baus, welcher vor 40 Jahren getroffen wurde, nicht mehr rückgängig machen. Dementgegen hätten sie letzte Woche die Möglichkeit gehabt, aufgrund der sich verschärfenden Corona-Pandemie die Räumung auszusetzen, haben im hessischen Landtag jedoch dagegen gestimmt.

Der Widerstand gegen die A49 ist kein isolierter Protest. Er reiht sich ein in die Vielzahl von Kämpfen, die weltweit für eine sozial-ökologische Transformation ausgetragen werden. Dazu eine der Aktivist*innen: "Nicht nur im Danni fordern wir eine klimagerechte Welt, sondern auch hier in Freiburg wollen wir an alle Menschen appellieren, sich für eine solidarische Welt einzusetzen. Eine Partei, die sich angeblich für den Schutz der Umwelt einsetzt, Umwelterstörung aber als eine

führende Kraft mit vorantreibt, kann nicht als grün bezeichnet werden und ist unwählbar".

Kontaktdaten von "Bündnis 91/Die Grüneren":

- E-Mail: die_grueneren@riseup.net
- Twitter: [@die_grueneren](https://twitter.com/die_grueneren)
- Pressetelefon: +4915219401574

Kontaktdaten von "Wald statt Asphalt":

- E-Mail: presse_waldstattasphalt@riseup.net
- Twitter: [@keinea49](https://twitter.com/keinea49)
- Pressetelefon: +49 178 8927833
- Website: waldstattasphalt.blackblogs.org/

Repression gegen Aktivist*innen der Baumbesetzung am Platz der Alten Synagoge im November 2020

Dieser Text betrachtet die staatliche Repression gegen die Aktivist*innen der Freiburger Baumbesetzung, die Anfang November in Solidarität mit dem Dannenröder Forst stattfand.

Vom 07. - 08. November besetzten Aktivist*innen in Solidarität mit den Protesten im Dannenröder Forst einen Baum auf dem Platz der Alten Synagoge in Freiburg. Bereits nach mehreren Stunden hatte die Polizei damit begonnen, die Gegend um den Baum abzusperren und damit Passant*innen den Zugang zum Infotisch unter dem Baum verwehrt. Den Aktivist*innen wurde Zugang zu sanitären Anlagen, sowie Essen und Trinken für über 30 Stunden verweigert. Zeitweilig verhielt sich die Polizei sehr aggressiv gegenüber den Baumbesetzer*innen, beleidigte diese und setzte sie durch konstante Blinkbeleuchtung ihrer Taschenlampen in der Nacht physisch als auch psychisch unter Druck. Ein Polizist entriss den Aktivist*innen ein Versorgungspaket, indem er gewaltvoll an einem daran befestigten Seil zog. Dabei wurde die Versorgung entrissen und Aktivist*innen an den Händen durch Schürfwunden und Verbrennungen verletzt. Die Plattform, auf der Aktivist*innen standen, geriet dabei stark ins Schwanken.

Auch auf die Solidaritätsbekundungen am Boden reagierte die Polizei mit einem unverhältnismäßigen Aufgebot. Zwischenzeitlich waren über 40 Polizist*innen vor Ort und die Reiterstaffel wurde eingesetzt. Auch Polizeihunde wurden zu einer Kundgebung am Samstag Abend herangebracht und verblieben mehrere Stunden im Auto unter der Baumbesetzung.

Statt wie zu Beginn angekündigt die Aktivist*innen nach der freiwilligen Beendigung der Besetzung gehen zu lassen, sperrte die Polizei den Bereich großräumig mit Hamburger Gittern ab und stellte die Identitäten aller Baumbesetzer*innen fest, wobei ein*e Aktivist*in erneut bedrängt wurde.

Auch nach der Besetzung geht die staatliche Repression und Schikane weiter. Aktuell wird versucht, die friedlichen Besetzer*innen durch zahllose haltlose Vorwürfe, unter anderem Beleidigung, fahrlässige Körperverletzung und Widerstand gegen Polizeibeamt*innen, einzuschüchtern. Insbesondere der Vorwurf der Körperverletzung zeigt wieder einmal, wie die Polizei die Täter*innen- und Opferrollen umkehrt. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens terrorisiert die Kriminalpolizei die Aktivist*innen, unter anderem erst diese Woche durch einen Hausbesuch einer Beschuldigten.

Auch an diesem Beispiel zeigt sich erneut, mit welcher unverhältnismäßiger Repression die Klimagerechtigkeitsbewegung von diesem Staat zu bekämpfen versucht wird.

Wir sind uns sicher, dass auch in den nächsten Wochen weitere Schikanen zu erwarten sind - doch für uns gilt: Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Wenn auch ihr in Folge dieser Aktion Repression erfahrt, schreibt eine Mail an: diegrueneren@riseup.net

Bündnis 91/Die Grüneren
twitter.com/die_grueneren

Rassistischer Angriff und rassistische Polizei in Freiburg

Am 28. November um circa 13:30 Uhr wurde in Freiburg unweit des Bertoldsbrunnens eine Gruppe von etwa fünf Schwarzen von der Polizei nach Diebesgut durchsucht. Die Gruppe hatte nach eigenen Angaben die Polizei zuvor selbst telefonisch zu Hilfe gerufen, da sie Opfer eines rassistischen Angriffs am Bertoldsbrunnen seien. Zwei weiße Deutsche hätten sie rassistisch

beleidigt und einer habe sie mit Fäusten und Pfefferspray angegriffen. Als die Polizei beide Gruppen in der Bertoldstraße auf Höhe der Universitätsstraße antraf, nahm sie die beiden Rassisten zur Seite und ließ sich von den Schwarzen die Barcodes ihrer Einkäufe zeigen.

Autonome Antifa Freiburg

Solidarität mit der LU15

DIE GESCHICHTE ZWEIER HAUSDURCHSUCHUNGEN UND FORTGESETZTER REPRESSION

Morgens um sechs von Bullen in Deiner Wohnung geweckt werden – für die Bewohner*innen des selbst verwalteten Wohnprojekts LU15 in Tübingen wurde dieser Albtraum gleich zweimal in diesem Jahr Realität.

Am 4. Februar 2020 erschrakten die Anwohner*innen über das massive Aufgebot der Polizei, die die Straße mit über zehn Einsatzfahrzeugen voll stellten und dann mit 70, größtenteils verummten und schwerbewaffneten Polizeibeamt*innen in das selbstverwaltete Hausprojekt eindringen.

Offenbar war auch eine Drohne zum Einsatz gekommen, die das gesamte Gelände überwachte.

Zeitgleich wurde noch eine Privatwohnung durchsucht. Insbesondere in der Lu15 trat die Polizei dabei sehr gewalttätig auf und hielt sich nicht an angeblich geltende Gesetze. Der Durchsuchungsbeschluss wurde erst, nachdem verummte und bewaffnete Polizist*innen längst im gesamten Haus verteilt waren, und nach mehrmaligem Drängen kurz vorgezeigt. Menschen wurden zu Boden geworfen, es wurden unbefugt Zimmer durchsucht, für die es keinen Beschluss gab, und eine Brandschutztür zerstört, obwohl ein Schlüssel angeboten wurde. Ein Beschlagnahmeprotokoll wurde verweigert, ein Widerspruch nicht protokolliert, die mitgebrachten „neutralen“ Zeug*innen hielten sich außerhalb der durchsuchten Räume auf und schauten weg.

In der Nacht zuvor waren zwei Freund*innen am

Landgericht festgenommen worden, unter dem Tatvorwurf einer versuchten (!) Sachbeschädigung (angeblich geplanter Farbanschlag). Was die beiden in den kommenden Stunden erdulden mussten, lässt sich kaum in Worte fassen: Obwohl sie keine Aussage machten, wurden sie stundenlang verhört, von Staatsschutz und Kriminalpolizei. Sie wurden voneinander getrennt und über den Verbleib der anderen Person im Unklaren gelassen. Bei der ärztlichen Prüfung auf Gewahrsam-Tauglichkeit wurden psychische und physische Beschwerden ignoriert, es wurden verschriebene und notwendige Medikamente verweigert. Eine der Betroffenen musste sich komplett vor Polizisten ausziehen, die einzige Polizistin wurde vorher aus dem Raum geschickt.

In den Verhören wurden beide verbal bedroht und angeschrien, die Polizei versuchte Geständnisse zu erzwingen, da sie sonst die beiden erst in ein paar Wochen dem Haftrichter vorführen würden. Wenn sie nicht kooperierten, würden ihnen alle ungeklärten Sachbeschädigungen und andere Delikte aus den letzten Jahren angelastet, insgesamt 45 Fälle.

Trotz der Bedrohungen, Schikanen und Missachtung ihrer Rechte blieben die beiden bei der Aussageverweigerung. Nach vielen Stunden der Ungewissheit und der polizeilichen Willkür, wurden sie nach den vollzogenen Hausdurchsuchungen endlich freigelassen.

Man kann die Behandlung als Folter ansehen, auf die entsprechenden Details wird hier aber zum Schutz der Betroffenen nicht weiter eingegangen.

Die Polizeiaktion war ein massiver Angriff auf linke Strukturen, unter Missachtung der Dienstvorschriften und Gesetze.

Nach spontaner Demo am gleichen Tag und einer weiteren Soli-Demo 10 Tage später dementierte die Polizei natürlich die Vorwürfe der Misshandlung und der vielfältigen ungesetzlichen Vorgehensweise. Was war auch anderes zu erwarten?

Derzeit ist es noch zu keinem Prozess gekommen und die Betroffenen versuchen, die Zeit zu nutzen, um sich von den Erlebnissen zu erholen und die zu erwartenden Repressionskosten und laufenden Verfahren zu bewältigen.

Doch die Traumatisierung geht weiter: Am 2. Juli 2020 um 6 Uhr morgens folgte eine erneute Hausdurchsuchung in der Lu15. Wieder war massives Polizeiaufgebot zu beobachten, eine Wohnungstür wurde mit dem Rammbock aufgebrochen und zerstört.

Auch wenn die Cops diesmal nach den vielen Beschwerden zur Razzia im Februar keine anderen WGs im Haus aufsuchten, drangen sie trotzdem in die Zimmer von Mitbewohner*innen ein, für die kein Durchsuchungsbeschluss vorlag. Diesen Personen wurde keine Begründung gegeben und der Durchsuchungsbeschluss nicht vorgelegt, so dass sie möglichst lange im Unklaren über die Razzia gelassen wurden.

Die erneute Durchsuchung fand zeitgleich zu Wohnungsdurchsuchungen in Stuttgart, Ludwigsburg, Remseck, Fellbach, Waiblingen und Karlsruhe statt. Der Anlass war eine Fahndung im Zusammenhang mit einem Tatvorwurf in Bad Cannstatt im Mai, bei der ein Mitglied des „Zentrum Automobil“ – einer ultrarechten Pseudogewerkschaft – schwer verletzt wurde.

Das Pikante an der Sache: Die Person, gegen die sich der Durchsuchungsbeschluss richtete, war an besagtem Tag gar nicht in Bad Cannstatt, vielmehr musste der Polizei sogar Bildmaterial von der Teilnahme an einer Demo an einem ganz anderen Ort vorliegen.

Trotzdem wurde das Zimmer durchsucht und vor allem Datenträger und Handy beschlagnahmt, nicht jedoch die auf dem Durchsuchungsbeschluss aufgeführten angeblichen Beweis-Kleidungsstücke. Trotzdem bestand die Polizei auf die Abgabe einer DNA Probe und der Fingerabdrücke, die sie durch Gewahrsamnahme und erzwungene Maßnahmen schließlich erhielten.

Dass ein Richter einen Beschluss unterschreibt, der auf so offenbar haltlosen Vorwürfen beruht, wäre schon ein Skandal für sich. Eine ganz andere

Sichtweise ergibt sich aber aus der Tatsache, dass die beschuldigte Person Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten ist und – Corona-bedingt – Laptop und Diensthandy bei sich hatte. Beides wurde von der Polizei beschlagnahmt, obwohl ihnen diese Tatsache bekannt gemacht wurde. Gegen dieses Vorgehen erhob auch der Abgeordnete umgehend Beschwerde, was die Polizei aber nicht hinderte, die Ermittlungen weiterzuführen.

Möglicherweise ist die Recherchetätigkeit des Abgeordneten und seines Mitarbeiters zu rechten Netzwerken in Militär und Sicherheitsbehörden sowie zu Rüstungsthemen für den Staat Anlass genug gewesen, die Durchsuchung irgendwie zu begründen. Vermutlich ging es also gar nicht um die oben erwähnte Körperverletzung, sondern um eine Gelegenheit, Strukturen, Rechercheergebnisse und Namen zu erfahren.

Die umgehend erfolgte Aufforderung, die Ermittlungen einzustellen, da offenbar die durchsuchte Person gar nicht vor Ort war, wurde zunächst ignoriert, ja gipfelte sogar in einem Erpressungsversuch: Solange eine Beschwerde wegen der Illegalität der Durchsuchung von Seiten der Betroffenen im Raum stehe, werde man die Ermittlungen nicht einstellen.

Erst nachdem Anwälte sich der Sache angenommen haben, wurde die Ermittlung von Seiten der Polizei beendet. Welche der bei der Durchsuchung gewonnenen Erkenntnisse oder Kopien von Datenträgern letzten Endes aber doch bei der Polizei verwendet oder aufbewahrt werden, lässt sich nur vermuten. Die gleiche Frage stellt sich zu den Fingerabdrücken und der erzwungenen DNA-Probe, die nun eigentlich gelöscht werden müsste. Dass der Staat sich mal wieder nicht an seine eigenen Regeln hält, hinterlässt erneut einen bitteren Nachgeschmack.

Die von den weiteren Durchsuchungen Betroffenen sind allerdings nach wie vor der Repression unmittelbar ausgesetzt: Seit den Durchsuchungen sitzt der Antifaschist Jo in Stammheim in Untersuchungshaft. Ihm wird versuchter Totschlag vorgeworfen, und weiteren von der Durchsuchung Betroffenen Landfriedensbruch. Ob und wie weit ebenso haltlose Vermutungen zu den Durchsuchungen führten, ist dabei auch pure Spekulation. In jedem Fall ist die Solidarität mit den Betroffenen

notwendig und alle Spaltungsversuche müssen wir ins Leere laufen lassen. Natürlich kann es zu verschiedenen Aktionsformen im Kampf gegen Rechts unterschiedliche Meinungen und Sichtweisen geben, das ist völlig legitim und Diskussionen sind unabdingbar. In Zeiten einer immer weiter voranschreitenden Rechtsentwicklung der Gesellschaft ist es nur folgerichtig, dass Menschen antifaschistisch aktiv sind und den Nazis entgegentreten. Dies kann auf vielen verschiedenen Ebenen geschehen, sei es mit Blockaden, Gegenprotesten,

Mahnwachen oder auch ganz direkt durch körperliche Konfrontation. Denn bei „Zentrum Automobil“ handelt es sich um keine Gewerkschaft, sondern um einen faschistischen Verein. Ihr Gründer und Vorsitzender, Oliver Hilburger, komponierte mit seiner Nazi-Band „Noie Werte“ den Soundtrack für das NSU-Bekennervideo, das in Nazikreisen herum ging, lange bevor die breite Öffentlichkeit etwas von der Existenz des NSU erfuhr. Seine Verbindungen sowohl in das direkte NSU-Umfeld als auch zum mittlerweile verbotenen, militanten Nazinetzwerk Blood & Honor sind umfangreich und lange bekannt. Demnach geht es nicht um „Linke gegen Gewerkschaften“, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Antifaschist*innen und Freund*innen von Naziterrorist*innen.

Im Juli 2016 wurden das Wohnprojekt Lu15 und ein weiteres Mietshäusersyndikats-Projekt von der Polizei einer heimlichen, fast vierwöchigen Videoüberwachung unterzogen. Diese Überwachung war allerdings rechtswidrig. Dies hat das Landgericht Tübingen am 11. März 2020 in zweiter Instanz entschieden und damit einen vorhergehenden Beschluss des Amtsgerichtes aufgehoben. Geklagt hatten dagegen Betroffene aus einem der Projekte. Die Videoüberwachung wurde von der Staatsanwaltschaft Tübingen im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen unbekannt im Zusammenhang mit zwei Brandstiftungen an Autos eigenmächtig angeordnet, ohne – wie rechtlich vorgesehen – eine richterliche Erlaubnis einzuholen. Offiziell informiert – wie es rechtlich

vorgesehen ist – wurden die Betroffenen auch nie. In der Gesamtbetrachtung der Vorfälle zeichnet sich ab, dass Polizei und Staatsanwaltschaft gegen linke Strukturen vorgehen und dabei die eigenen rechtlichen Restriktionen immer wieder ignorieren, denn auch wenn am Ende die Illegalität gerichtlich festgestellt oder Ermittlungen eingestellt werden, so passiert den Verantwortlichen nie etwas. Es gibt keine Konsequenzen, keine Rücktritte, keine Haftungen für Polizist*innen, Haft- und Untersuchungs-Richter*innen und Staatsanwaltschaft.

Die illegal gewonnenen Erkenntnisse, Einblicke, die Einschüchterungsversuche, hohe Repressionskosten und die Wut im Bauch gegen diesen Staat und seine Polizei bleiben aber. Es ist zu erkennen, dass die Polizeidirektion Reutlingen die Lu15 als linksextrem und gewaltbereit einschätzt und das medial auch so darstellt. Die Razzien stellen einen massiven Angriff auf Aktivist*innen und Strukturen dar. Getroffen hat es einige Einzelne, aber gemeint sind wir alle!

Doch unsere Solidarität wächst mit jedem neuen Angriff. Zeigt Eure Solidarität wo immer ihr könnt, gegen Repression, gemeinsam gegen Staat und Polizei. Und speziell in Zeiten von fehlenden Soli-Veranstaltungen ist auch eine Beteiligung an den Repressionskosten erwünscht. Ihr findet Spendenmöglichkeiten auf den Seiten der Roten Hilfe Stuttgart sowie dem ABC Südwest (siehe Links).

Spenden und Briefe für Jo: <https://freiheit-fuer-jo.org>

Spenden für die Lu15: abcsuedwest.blackblogs.org
(Backup: abcsuedwest.noblogs.org)

Spendenkonto: Inhaber*in: Rote Hilfe OG Freiburg, IBAN: DE47 4306 0967 4007 2383 64, BIC: GENODEM1GLS, Spendenzweck (wichtig!): Lu15 & friends

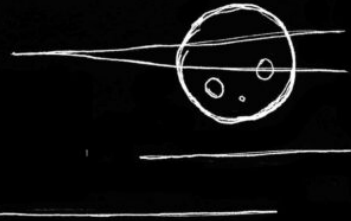


BÜNDNISDEMONSTRATION IN FREIBURG

UNITED WE STAND

UNSERE SOLIDARITÄT GEGEN IHRE REPRESSION

13:13 UHR
12.12.2020
BERTOLDSBRUNNEN



HER MIT DEM 
SCHÖNEN LEBEN

United We Stand! – Solidarisch gegen Repression in Freiburg



Ortsgruppe, des Anarchist-Black-Cross Südwest, des NoPolGBW-Bündnisses gegen Polizeigesetze, von EKIB zur Umweltbewegung, von Thomas-Meyer-Falk aus dem Freiburger Knast, von der KTS zur für illegal erklärten Razzia im August 2017 und von einem Vertreter der Freiburger BIPOC-Gruppe. Alle Beiträge findet ihr bei Radio Dreyeckland im Audio-Archiv.

Die Auftaktkundgebung endete mit einem Beitrag des im Herbst geräumten queer-feministischen

Hausprojektes Liebig 34 und setzte sich symbolisch mit einer aus FLINT-Menschen zusammengesetzten Demonstrationsspitze um kurz nach 14 Uhr in Bewegung.

Weitere Bilder und Audios: <https://rdl.de/beitrag/demo-gegen-repression-und-berwachung-freiburg> Die Demonstration lief über die KaJo, das en passant eingefärbte Siegesdenkmal und die nördliche Habsburgerstraße zum Verwaltungsgericht. Von dort ging es nach einer Zwischenkundgebung über die Tennebacherstraße und die Sautierstraße am Knast entlang. Dann ging es weiter über die Herderstraße durch das Institutsviertel über die Katharinenstraße und den Rotteckring zum Abschluss am Polizeirevier Nord. Die Demo wurde nebst Samba von erfrischem Rap und Punkrock untermalt. Es beteiligten sich Linke aus verschiedenen Spektren und Generationen der Freiburger Szene – es gab keine mediale Resonanz - außer bei RDL, 102.3mhz -, auch wenn etwa die Badische Zeitung im Zuge ihrer unsäglichen AfD-Unterstützung vergangene Woche behauptet hatte, sie wolle ausgewogen über das gesamte politische Geschehen berichten. (Friedlich geäußertes) Antifaschismus gehört für den Fricker-Poppen-Verlag scheinbar nicht dazu.

Festgehalten werden kann, dass sich trotz der verschärften Rahmenbedingungen dennoch viele beteiligten, um ein Zeichen in dieser Krise zu

Am 12. Dezember demonstrierten in Freiburg bis zu 350 Linke unangemeldet mit Abständen und Vermummung gegen den stetigen Ausbau der Repressionswerkzeuge und für Solidarität. Unter dem Motto "United We Stand" hatten lokale Zusammenhänge wie die Rote Hilfe OG, das Anarchist Black Cross Südwest, die Umweltgruppe EKIB, das Autonome Zentrum KTS, kurdische Gruppen und die Antifaschistische Jugend Freiburg zur gemeinsamen Demo mobilisiert. Trotz dem Kontext der Corona-Pandemie und gleichzeitig in Lörrach, Weil und Frankfurt agitierender Rechter, konnte eine selbstbestimmte und vielfältige Demonstration durchgeführt werden.

Das nieselige Dezemberwetter machte Platz für ein paar Sonnenstrahlen, als sich um 13:13 Uhr die ersten Protestierenden am Bertoldsbrunnen in der Innenstadt einfanden. Eine sehr pinke Clowns-Cops-Armee, eine laute Sambaband, zahlreiche Schwarzvermummte und sogar ein paar Spaßvögel mit einer Sichel&Gummihammer-Fahne beteiligten sich an der Versammlung. Über eine Stunde lang wurden Redebeiträge auf dem zentralen Straßenbahnkreuz in der Innenstadt verlesen, was angesichts der Abstandsaufgaben relativ schnell zur Einnahme des gesamten Platzes und ÖPNV-Unterbrechungen führte. Die AJF gab in ihrem Redebeitrag zur Repression gegen lokale Strukturen in diesem Jahr einen Rückblick. Zudem gab es auf der Demo Beiträge kurdischer und feministischer Gruppen, der Roten Hilfe



setzen und die Solidarität untereinander stark zu machen. Es hätte etwas mehr Krach geben können. Auch am Knast gab es trotz der größeren Ansammlung kaum Resonanz. Deutlich wurde, dass live gehaltene Redebeiträge deutlich besser ankamen als vorab-produzierte. Die Bullen hielten sich zurück und wurden nur Häppchenweise über den Verlauf und die Route informiert. Über den Nachmittag konnten notwendige Zeichen der

Unterstützung an die verschiedenen von Repression betroffenen linken Gruppen und Einzelpersonen vermittelt werden.

Der Kampf gegen die staatliche Aufrüstung, Patriarchat, Rassismus und autoritäre Politiken geht weiter!

WIR SEHEN UNS SPÄTESTENS AN SILVESTER VORM KNAST!

(Vor-)Silvesterdemo zum Freiburger Knast

Zum Jahresende 2020 versammelten sich über hundert Linksradikale für eine Gesellschaft ohne Knäste vor der Freiburger JVA. Die selbstverständlich unangemeldete Silvesterdemo wurde mit Blick auf das Versammlungsverbot auf den 30. Dezember vorverlegt und konnte in Begleitung sich zurückhaltender Cops lautstarke Solidarität mit den Gefangenen ausdrücken.

Gitterfenstern der JVA führte. Die FemBPM-DJ*-Crew legte erste Tracks auf und füllte die Pausen zwischen zwei Redebeiträgen der Anti-Knast-Gruppe zum Knastsystem, Rechtsruck und Corona-Krise, einem Text für die vor kurzem verurteilten Freund*innen der Parkbank-Crew und einer Rede des Langzeitgefangenen Thomas-Meyer-Falk.

Als sich um 18 Uhr am Knastspielplatz/Tennenbacherstraße eingefunden wurde, knallten die ersten Raketen auf der anderen Seite des Gefängnisses, was schon vor Beginn der Versammlung zu lautstarken Reaktionen an den

Nach zaghaftem Geböller zu Beginn wurde sich zu einer Demonstration formiert, die dann gegen 18:30 Uhr mit einigem Rauch und lautstarken Sprechchören dies und jenseits der Mauer über die Sautierstraße zum Haupteingang der JVA führte.

Weiter ging es rings um den Knast, über die Hermann-Herderstraße, die Stefan-Meierstraße und über die Tennenbacherstraße zurück zum Aufstaktkundgebungsort. Entlang der Route wurde trotz Verbot immer wieder mit Farbe und Raketen eine deutliche Ablehnung des Knastsystems untermalt und die Insassen des Café-Fünfeck und der Sicherungsverwahrung begrüßt. Das Ganze wurde von einem Jailhouse-Dub-Mix und weiteren Sprechchören begleitet. Sechs Wannen und zwei Streifenwagen folgten der Demo, filmten gelegentlich und erteilten unseres Wissens nach einen Platzverweis.

Die Reaktionen aus dem Knast waren immer

wieder deutlich zu hören, teilweise konnten Wunderkerzen und Feuerzeuge in den Zellen gesehen werden – gemeinsam mit den Insass*innen wurde unter anderem „No Justice, No Peace, Fight the Police!“ sowie „Freiheit für alle Gefangenen!“ lautstark skandiert. Die Aktion war ein Erfolg. Es wurde deutlich weniger Feuerwerk verschossen wie in den letzten Jahren – dafür war die Trefferquote-Innenhof um einiges höher. Wir kommen wieder, vielleicht schon morgen und mit Sicherheit im kommenden Jahr – bis zum Ende des Knastsystems.

FEUER UND FLAMME DEN KNÄSTEN HIER UND ANDERSWO – AUF EIN KÄMPFERISCHES 2021!



„We should all be feminists“ – Aber bitte doch nicht

SO

In den letzten Jahren hat sich immer häufiger das Wort „Feminismus“ in allen möglichen Variationen finden lassen. Es scheint als wenn mensch um als richtige*r Feminist*in zu gelten, nur zu H&M gehen muss und sich ein solches Shirt holen. Die tausenden Frauen* die für die Produktion diese Shirts ausgebeutet wurden, werden dabei schnell vergessen.

Und überhaupt symbolisieren diese Shirts die Bedeutungslosigkeit, die das Wort „Feminismus“ in den letzten Jahren bekommen hat. Zwar bezeichnet sich die Mehrheit der jungen, weiblich gelesenen Personen in Deutschland als Feminist*innen, jedoch bleibt es meist bei der Bezeichnung. Vielleicht kommt auch noch ein Social Media Post dazu.

Social Media ist allerdings ein gutes Stichwort. Denn im 21. Jahrhundert scheinen sich Instagram, Twitter und co. zu einem beliebten politischen Mittel der Mehrheit der Gesellschaft entwickelt zu haben und sei es unbewusst, um mit „trendy“ captions zu aktuellen Themen Likes zu bekommen.

Dazu gehört auch #MeToo, der bedeutsamste Hashtag in Bezug auf sexuelle Belästigung und sexualisierte Gewalt von FLINTA*-Personen. Mit diesem Hashtag bekamen tausende von ihnen die Möglichkeit offen über ihre Erlebnisse reden zu können und so manches täterschützende Umfeld wurde gebrochen und Täter zur Verantwortung gezogen.

Auch gab es insbesondere in den USA nach der Wahl von Donald Trump viele sogenannte „womens marches“, Proteste von Frauen gegen sexuelle Belästigung und Unterdrückung.

Allerdings kam das nicht bei allen gut an. Vor allem viele cis-Männer, insbesondere aus dem konservativen Spektrum, aber auch aus allen politischen und gesellschaftlichen Lagern. Für sie wurde ein Jahrtausende alter Mantel des Schweigens und durch Sozialisierung teilweise akzeptiertes Verhalten verteuelt und gebrochen. Auch wurden sie jetzt für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen, was ebenfalls nicht gut ankam. Das Wort „Feminismus“ kommt für sie

einem Schimpfwort, etwas Schlechtem gleich und damit auch in Teilen der Gesellschaft, da cis-Männer immernoch den größten Teil in höhergestellten Positionen ausmachen und ihnen generell mehr Glauben geschenkt wird.

Aber zum Glück bekam die Debatte um sexuelle Belästigung auch viel Zustimmung und Tausende weltweit solidarisierten sich mit Betroffenen und stellten sich offen als Feminist*innen dar.

Leider ist Darstellung auch eine gute Beschreibung für den modernen Mehrheitsfeminismus. Die Instagramseite „feminist“ ist ein gutes Beispiel hierfür. Dort werden feelgood Bilder gepostet, die zwar in die richtige Richtung gehen und wichtige Themen wie zum Beispiel Kritik an Schönheitsidealen oder Konsens aufgreifen, aber trotzdem leer und wirkungslos sind, jedoch Feminismus und feministische Ideen auf schlaue und ästhetische Art und Weise in die Gesellschaft tragen. Zum jetzigen Zeitpunkt hat diese Seite über eine Millionen Follower.

Das Wort „Feminismus“ scheint mit einer Art Fluch belegt zu sein, der die bekennende Feministin* dazu zwingt bei ihrem Bekenntnis sofort zu schwören sie hasse ja keine Männer und diese radikalen Feminist*innen fände sie ja auch daneben.

Denn leider scheint in unserer Gesellschaft der moderne Feminismus für Akzeptanz nicht über Shirts, Aufmäher und social media hinausgehen zu dürfen. Und auch hält sich der Gedanke, Feminist*innen würden das Patriarchat, sprich die Herrschaft der Frauen, errichten wollen, hartnäckig. Interessanterweise scheint sich niemand am jahrtausende langen bestehen das Patriarchats zu stören. Denn das ist ein fester und bis vor gar nicht all zu langer Zeit unangetasteter Bestandteil unserer Gesellschaft. Und somit ist auch der Gedanke sich davon zu lösen insbesondere für cis-Männer neu und befremdlich. „Feminismus“ wird als Wort schnell zu einer Bedrohung, insbesondere wenn der*die Hörer*in sich nicht damit auseinandergesetzt hat, was

eigentlich dahinter steckt. Dann würden nämlich mehr Menschen verstehen, dass die grundsätzlichen Ideen des Feminismus unsere Gesellschaft voranbringen würden und unser Zusammenleben und unsere Lebensrealitäten für alle Menschen, egal welchen Geschlechts, besser und schöner machen würden.

Zum Glück haben das einige schon erkannt, denn feministische Themen sind insbesondere seit #MeToo an der Tagesordnung und bekommen Gehör. Natürlich ist der Feminismus keine Erfindung des 21. Jahrhunderts und mindestens genauso lange wie es ich gibt, wird es Gegner*innen verwehrt sich nicht damit auseinander setzen zu müssen. Allerdings wird es ihnen in den Zeiten von Social Media schwer gemacht. Und auch hat #MeToo die Gesellschaft wachsamer gemacht und dazu gebracht Verhalten und Aussagen zu hinterfragen, die sie vorher mindestens abgetan hätten.

Ebenfalls tun die Shirt-Träger*innen und Instagrammer*innen ihr bestes um das Wort „Feminismus“ in die Gedächtnisse der Menschen

und somit in ihr Leben zu bringen. Denn sei das auf den ersten Blick eine sehr leere und rein darstellerische Variante des Feminismus die nichts bezweckt, wird auf den zweiten Blick klar, dass es eigentlich auch seinen Teil beiträgt und noch dazu eine geschickte (und dazu gesellschaftlich akzeptierte) Art und Weise ist, Menschen mit dem Feminismus bekannt zu machen.

Die gesellschaftliche Perspektive auf den Begriff „Feminismus“ ist vielschichtig. Ein klares Urteil zu fällen ist unmöglich. Denn was diese Urteil wäre, würde von Mensch zu Mensch unterschiedlich sein und ebenso ist unsere Gesellschaft ständig im Wandel, weshalb ein klares Urteil ohnehin nicht möglich ist.

Abschließend lässt sich nur sagen: „We should all be feminists“- und zwar genau so!

<https://rdl.de/beitrag/we-should-all-be-feminists-aber-bitte-doch-nicht-so>

AJF

Was tun gegen sexualisierte Gewalt? - Was tun!

Dass es auch in emanzipatorischeren Räumen und Gruppen sexualisierte Gewalt gibt, wurde schon oft thematisiert und sollte eigentlich leider keine Überraschung mehr sein. Auch dieses Jahr wurden unzählige Male Übergriffe in Bars, auf Festivals und in Wohnprojekten veröffentlicht. Sehr viele weitere Übergriffe wurden nicht veröffentlicht und Unterstützungsarbeit und ein Versuch der Aufarbeitung fanden (relativ) unsichtbar statt. Freiburg i.B. ist dabei natürlich keine Ausnahme. In den letzten Jahren gab es immer wieder Versuche mit bekannt gewordenen Übergriffen einen Umgang zu finden. Das fand jedoch abseits der Öffentlichkeit statt und dafür gibt es auch gute Gründe, wie Schutz der betroffenen Personen, Vermeidung von Gerichten, etc.

Gleichzeitig kann es natürlich auch Austausch und Vernetzung sowie Sichtbarmachung der herrschenden Gewalt erschweren. Daher wollen wir mit diesem Text transparent machen, dass derzeit ein Versuch stattfindet, mit geschehener sexualisierter Gewalt in unseren Zusammenhängen bzw. unserer Community mit

dem Konzept Transformativer Gerechtigkeit umzugehen. Was passiert ist, wer beteiligt ist, etc. soll nicht an die Öffentlichkeit dringen. Also streut keine Gerüchte, macht keine Mutmaßungen. Überlegt euch eigene Konzepte, wie ihr mit zwischenmenschlicher Gewalt in euren Zusammenhängen umgeht und umgehen wollt. Das ist keine Kritik an anderen, die stattfindende Prozesse nicht veröffentlichen, es soll erklären, warum wir diesen Schritt hier wählen.

WARUM NICHT EINFACH DIE POLIZEI RUFEN UND DIE JUSTIZ DAS MACHEN LASSEN?

Wir glauben nicht daran, dass die Polizei und Justiz eine Lösung für patriarchale Gewalt sind. Die Polizei zu rufen, ist nur für manche Menschen überhaupt eine Möglichkeit. Für viele ist sie nur eine Bedrohung, z.B. People of Color, Queers, Drogennutzer*innen, Sexarbeiter*innen, Menschen ohne festen Wohnsitz oder legalen Aufenthaltstitel, kriminalisierte oder von der Polizei traumatisierte Menschen. Zudem ist die Justiz nicht für betroffene Personen da, sondern soll nach einem vorgeschriebenen Katalog gewaltausübende

Personen bestrafen. Dabei werden jedoch viele Formen sexualisierter und zwischenmenschlicher Gewalt überhaupt nicht als solche anerkannt.

Recht schafft keine Gerechtigkeit, und schon gar keine Heilung von Gewalt betroffener Personen und ihrer Gemeinschaften. Stattdessen bearbeitet die Justiz Fälle von (sexualisierter) Gewalt nicht mehr als Konflikt der beteiligten Akteur*innen, sondern als abstrakten Rechtskonflikt vertreten durch die Staatsanwaltschaft, prüft einzig die Gegebenheit eines Straftatbestands, stellt dabei die „Glaubwürdigkeit“ einzelner betroffener Personen zur Diskussion und erzwingt im Laufe des Strafprozesses immer wieder Konfrontationen mit dem Geschehenen. Statt den Fokus auf die Bedürfnisse der betroffenen Personen zu richten erfahren diese unter den aktuellen prozessualen Rahmenbedingungen häufig (Re-)Viktimisierung und (Re-)Traumatisierungen. Der Rechtsstaat ist selbst eine gewaltvolle, patriarchal-herrschaftliche Institution, welche z.B. Geschlechterherrschaft und -binarität (re-)produziert und zentraler Akteur rassistischer Grenz- und Sicherheitsdiskurse ist. Zur (Wieder-)Herstellung von Recht übt er wiederum Gewalt durch Strafe und einsperrende Institutionen aus. Wir sind überzeugt, dass der Rechtsstaat daher kein Partner im Kampf gegen (patriarchale) Gewalt sein kann.

Wir wollen Umgänge mit zwischenmenschlicher und sexualisierter Gewalt entwickeln, die nicht nur (wenn überhaupt) für einige Privilegierte zur Verfügung stehen. Wenn wir unsere Ressourcen auf staatliche Lösungen fokussieren, lassen wir all die, die vom Staat ausgeschlossen und verfolgt werden im Stich. Daher sehen wir in Ansätzen Transformativer Gerechtigkeit eine Möglichkeit Konzepte zu entwickeln, die für alle offen stehen und auf Gemeinschaft, Empowerment und Veränderung beruhen, statt auf Herrschaft.

ABER WAS IST DANN DIE -GERECHTE STRAF-?

Straflogik zieht sich so tief durch die Gesellschaft, dass sich Strafdynamiken auch abseits des Staats manifestieren. Oft werden in Reaktion auf einzelne Fälle Formen von Ausschlüssen gewaltausübender Personen als einzige Option gesehen. Sicher können Ausschlüsse und z.B. die Aneignung konfrontativer Mittel gegen gewaltausübende Personen wirk- und heilsam sein. Wenn nicht unterstützt von anderen Formen von Bearbeitung

bringen sie aber keine tatsächlich Autonomie und (Wieder-)Aneignung von Handlungsmacht (agency), sondern verbleiben in Abhängigkeit von der/den gewaltausübenden Person/en.

Kurz gesagt: Wir erleben immer wieder Reaktionen auf Gewalt, die in Feuerwehrpolitik von Fall zu Fall arbeiten, ohne einen Schritt zurück zu machen, um Strukturprobleme zu betrachten und Umgänge auch für diese zu suchen, sowie die Fehlvorstellung, Strafe und Ausschlüsse würden Heilung versprechen und – aus Hilflosigkeit oder autoritärem Strafbedürfnis – Rückgriffe auf Staat, Justiz und Polizei. All das passiert immer wieder, weil es an Strukturen fehlt, die alternative Erfahrungen zusammentragen und Handlungsmacht generieren, anbieten und teilen können. Dazu wiederum möchten wir solidarisch beitragen.

Das heißt nicht, dass es nicht okay ist, wenn andere Ansätze scheitern und gewaltausübende Personen und deren Umfeld eine Verantwortungsübernahme verweigern, stattdessen Ausschlüsse zu fordern und zu erwirken. Dann steht für uns aber ein Schutz betroffener Personen und eine Erhaltung unserer Gemeinschaften im Fokus und nicht Bestrafung. Außerdem glauben wir nicht, dass es damit möglich ist, insgesamt dauerhaft etwas zu verändern. Insofern finden wir es wichtig, wenn die Möglichkeit besteht, andere Konzepte zu entwickeln und eine Veränderung und Überwindung der gewaltermöglichenden Zustände zu erreichen.

WAS IST ALSO TRANSFORMATIVE GERECHTIGKEIT?

Bereits in vorkolonialen Gemeinschaften gab es auf Heilung und Wiedergutmachung angelegte, dezentrale Umgänge mit Konflikten innerhalb von Gemeinschaften, z.B. Gacaca-Gerichte in Ruanda. Ende des 20. Jahrhunderts entstanden in den USA innerhalb queerer und feministischer Communities of Color Konzepte „Transformativer Gerechtigkeit“ (TG) - Ideen, basierend auf Konzepten restaurativer Gerechtigkeit aus indigenen Communities. So wurden Alternativen zum rassistischen und klassistischen Industriellen-Gefängnis-Komplex geschaffen. Dem weißen bürgerlichen Mainstream-Feminismus wurde mit der radikalen und intersektionalen Analysen struktureller Machtverhältnisse begegnet, um neue

Umgänge mit zwischenmenschlicher Gewalt zu entwickeln, die nicht nur wenigen privilegierten zur Verfügung stehen. Konkrete Vorschläge für die Entwicklung solcher Konzepte bieten beispielsweise die Gruppen INCITE!, CARA und Generation Five. INCITE!, ein Netzwerk radikaler Feminist_innen und Queers of Color, beschreibt vier Grundpfeiler solcher Gemeinschaftsprozesse:

1. Kollektive Unterstützung, Sicherheit und Selbstbestimmung für betroffene Personen;
2. Verantwortung und Verhaltensänderung der gewaltausübenden Person;
3. Entwicklung der Community hin zu Werten und Praktiken, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind;
4. Strukturelle, politische Veränderungen der Bedingungen, die Gewalt ermöglichen.¹

Seitdem wurde TG auch von anarchistischen Gruppen aufgenommen, dazu geschrieben und TG-„Prozesse“ initiiert. TG ist dabei kein „Masterplan“, der im Fall einzelner Übergriffe angewandt werden kann. Im deutschsprachigen Raum existieren zudem verschiedenste Strukturen rund um Awarenessarbeit, Praxen des Definitionsmacht-Konzepts, feministische Praxisliteratur, Organisierung zu Kritischen Männlichkeiten, immer wieder queer_feministische Aktionen und Interventionen. In TG sehen wir allerdings einen strukturellen Rahmen, der bestehende Arbeit um einige wichtige Handlungsfelder und Grundfragen ergänzt sowie einen Blick „über den Tellerrand“ ermöglicht – hin zu transformative(re)n Formen von Konfliktumgängen, Heilung, Wehrhaftigkeit und Resilienz. TG-Prozesse stellen hohe Ansprüche an Reflexion und gemeinschaftliche Arbeit. Auch wenn sie scheitern können, bedeutet TG für uns die Entscheidung gegen den Rückgriff auf reaktionäre Institutionen, für Autonomie und Veränderung.

WIE WEITER?

Zwischenmenschliche und sexualisierte Gewalt werden in dieser Gesellschaft, die so stark von patriarchaler, rassistischer, etc. Gewalt geprägt ist, nicht von selbst verschwinden. Es ist unser aller Verantwortung Umgänge zu entwickeln, die von Gewalt betroffene Personen unterstützen, Veränderung ermöglichen und schließlich durchsetzen.

Denn so wie es ist, kann es nicht bleiben!

- einige Menschen aus der TG Arbeit in Freiburg, November 2020

IHR HABT FRAGEN?

Es gibt eine allgemeine Kontaktmail, an die ihr Fragen und Hinweise schreiben könnt (schreibt gerne verschlüsselt, wenn's nicht geht auch okay):
transform_freiburg@immerda.ch
PGP-Fingerprint: E10F 3B18 D762 CCBE A3C9 5780 AB8C 55B7 ED3B 0D7E

Außerdem können sich betroffene Personen (und die, die sich nicht sicher sind) an folgende Email wenden (schreibt gerne verschlüsselt, wenn's nicht geht auch okay):
blau-beere-n@riseup.net
PGP- Fingerprint: EF3C 103C 52EE 09A3 C4BF 3596 F292 4040 BEBD 8B18

IHR WOLLT EUCH WEITER INFORMIEREN ZU TRANSFORMATIVER GERECHTIGKEIT?

Lese-Empfehlungen vom ignite-Kollektiv zum Thema:

- Buch: Was macht uns wirklich sicher, Toolkit. Melanie Brazzel (Hg.) [de]
- Buch: Was tun bei sexualisierter Gewalt? Respons [de]
- Buch: Strafe und Gefängnis. Rehzi Malzahn (Hg.) [de]
- Materialsammlung des ignite! Workshop Kollektivs zu Transformativer Gerechtigkeit mit Audio, Text und Videos [de, en]
- Zine: Was macht uns wirklich sicher?, kürzere Version des Toolkits (s.o.), Download [de]
- Zine: Das Risiko wagen, CARA / Transformative Justice Kollektiv, Download [de], [tr], [en]
- Zine: Accounting for ourselves. Breaking the Impasse Around Assault and Abuse in Anarchist Scenes, Download [en]
- Zine: Betrayal. A critical analysis of rape culture in anarchist subcultures [en], Download [en]
- Zine: What about the rapist, anarchist approaches to crime & justice [en], Download [en]
- Zine: The revolution starts at home. Confronting partner abuse in activist communities, Download [en]

• Zine: Gedanken über gemeinschaftliche Hilfe in Fällen von intimer Gewalt, Download [de], [en]

• Zine: LesMigras „Unterstützung geben, Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Gewalt und Diskriminierung“, Download [de]

• Zine: „Wegbegleitung, Informationen zur Unterstützung Betroffener von sexualisierter Gewalt“, Download [de]

• Zine: Dismantling the boys club, Download [de], [en]

• Blog: transformativejustice.eu [de, en]

• Blog: whatreallymakesussafe.com [de, en]

Teile dieses Textes beruhen auf der Kolumne „Gerechtigkeit jenseits von Polizei, Justiz und Gefängnis? Ansätze Transformativer Gerechtigkeit

zum Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt in Gemeinschaften“ des ignite! Kollektiv, ignite.blackblogs.org

¹ Im Original zum zu TG analogen Konzept “Community Accountability” siehe incite-national.org/communityaccountability/, Fact Sheet Community Accountability siehe: transformativejustice.eu/wp-content/uploads/2010/06/6685_toolkitrev-cntyacc.pdf

LINKS:

Funktionierende Links und das ganze als pdf auf [indy: https://de.indymedia.org/node/115138](https://de.indymedia.org/node/115138)

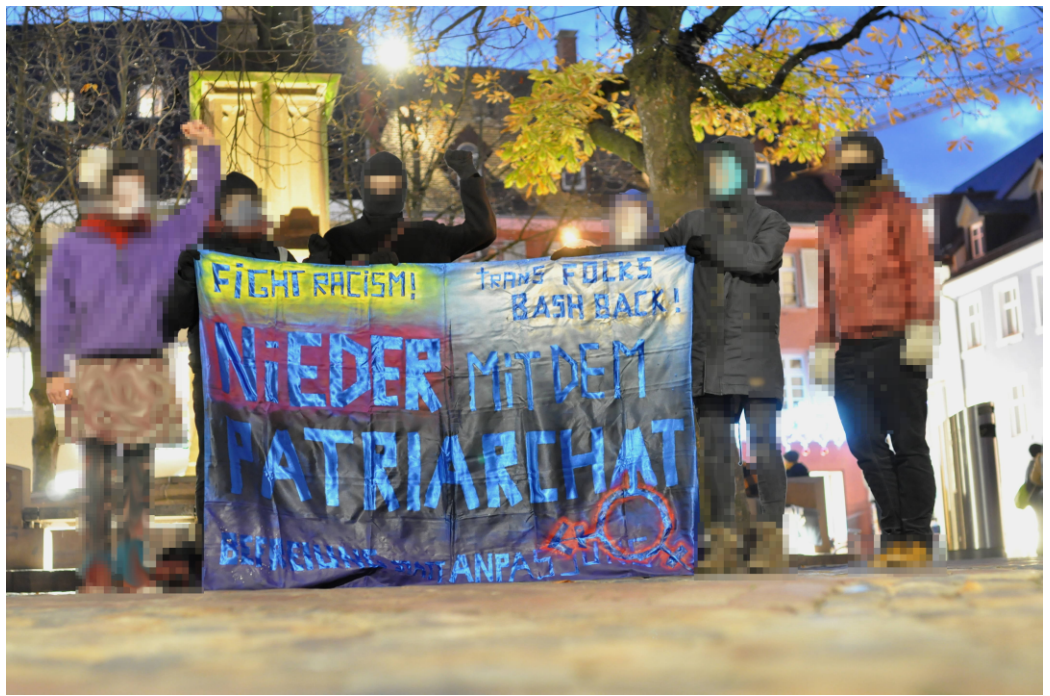
Nieder mit dem Patriarchat – trans folks Bash Back!

20.11. TRANS DAY OF REVENGE / REMEMBRANCE

Seit 1999 ist der 20. November ein Tag der Erinnerung an ermordete trans Leute und für den Kampf gegen transfeindliche Gewalt weltweit. Obwohl es den Tag schon seit nun zwei Jahrzehnten gibt, findet er leider außerhalb der trans Community wenig Beachtung. Zeit das zu ändern, Zeit in den Angriff über zu gehen!

Trans Menschen, besonders trans Frauen of Color, werden extrem häufig angegriffen und immer wieder ermordet. Insbesondere wenn Transfeindlichkeit, Mysogynie (Abwertung von Frauen) und Rassismus zusammenkommen, ist das allzu oft eine tödliche Mischung. Nach sicher sehr lückenhaften Datensammlungen werden um die 300 trans Menschen auf Grund ihrer Geschlechtsidentität jährliche weltweit ermordet und knapp die Hälfte aller trans Menschen erleben





in ihrem Leben sexualisierte Gewalt.¹ Vor allem am Arbeits- und Ausbildungsplatz sowie im Gesundheitsbereich machen trans Personen oft Diskriminierungserfahrungen, werden konsequent misgündert, gekündigt wenn sie sich wehren oder ihnen gleich der Zugang verwehrt.²

Neben diesen beiden von transfeindlicher Gewalt geprägten Orten, sticht ein weiterer besonders hervor: das Gefängnis. Das Wegsperrten von Menschen allein ist einer Gesellschaft schon unwürdig genug. Doch besonders für trans Menschen sind Gefängnisse Orte des Schreckens. Es wird nach binären Geschlechtern eingeteilt, trans Menschen werden ihrer Selbstbestimmung beraubt, und oft werden sie innerhalb dieses binären Systems in den falschen Knast gesteckt. Für nicht-binäre Menschen gibt es erst recht keinen Ort der sie nicht falsch zwangszuordnet. Kein Knast für trans Menschen, kein Knast für niemensch!

Geschlechter-Binarität und cis-hetero-Normativität sind, wie das Patriarchat in seiner heutigen Form, europäisch-koloniales Exportprodukt. Kämpfe gegen das Cistem sollten sich immer auch gegen Rassismus und koloniale Kontinuität wenden. Wir wollen nicht uns

anpassen und ein Stück des Kuchens. Wie wollen die ganze Bäckerei abreißen!

Wir, eine Gruppe genderqueerer Leute, die mit der Gesamtscheiße unzufrieden sind, haben ein trans_pi gemalt mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Patriarchat. Befreiung statt Anpassung“ und „Fight racism“, sowie „trans folks Bash Back!“.

In Erinnerung an Marsha P. Johnson, Yampi Méndez Arocho, Lexi, Merci Mack, Aja Raquell Rhone-Spears, Nina Pop und alle anderen ermordeten trans Menschen weltweit.³

ERINNERN HEIßT KÄMPFEN!

1 - taz.de!/5383706

2 - Es gibt wenig zum Thema in Deutschland, hier aber eine Studie zur Diskriminierung von trans Personen of Color von LesMigras: https://lesmigras.de/tl_files/lesmigras/kampagne/Studie_Zusammenfassung_LesMigraS.pdf

3 - <https://transequality.org/blog/murders-of-transgender-people-in-2020-surpasses-total-for-last-year-in-just-seven-months>

Solidarität mit Lina E. aus Gefangenensicht

Wie vor einigen Tagen berichtet wurde, hat die Polizei am 5.11.2020 Lina E. aus Leipzig verhaftet. Neben den erwartbaren, jeglichen antifaschistischen Widerstand niedermachenden Artikeln aus der rechtsbürgerlichen Presse (FAZ vom 7.11.2020: "Konspirativ und gewalttätig" oder auch "Die Welt" vom 13.11.2020: "Schnell, klandestin und kriminell"), gab es allerdings auch erfreulich reflektierte, solidarische Berichterstattung (vgl. exemplarisch das Interview in "Neues Deutschland" mit Anja Sommerfeld vom Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V. am 18.11.2020: "Ein Bedrohungsszenario wird aufgebaut").

Ginge es nach FAZ und "Die Welt", wäre wohl ein Strafprozess fast schon überflüssig, die Verurteilung nämlich so gut wie sicher. Diese (typische) Vorverurteilung, gepaart mit einem sexistischen Blick der drei männlichen "Die Welt"-Reporter, wonach eine angeblich Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung einsetzende Frau unerhört erscheint, soll die antifaschistische Aktion delegitimieren. Die Nazis als die hilfs- und wehrlosen Opfer einer deren Tod "billigend in Kauf" (FAZ) nehmenden Linksextremistin,

vervollständigen das kleinbürgerliche Narrativ.

Aus ihrem Alltagsleben herausgerissen und in das enge Korsett eines Haftalltags gepresst worden zu sein, wird für Lina Kraftanstrengung bedeuten, aber ich bin sicher, die vielfältige Solidarität, die sie erfährt und erfahren wird, kann manches davon mildern. Zumal sich die Vorwürfe gegen sie einreihen in die jüngsten staatlichen Repressionen, ob in Hamburg, Stuttgart, Frankfurt, Berlin und vielen anderen Städten, mit Verhaftungen und Durchsuchungen. Die Verhängung von Untersuchungshaft soll auch ganz direkt einen einschüchternden Effekt auf Menschen vor Ort ausüben und ihnen den Mut zum Widerstand nehmen. Sich aber nicht einschüchtern zu lassen, von nichts und niemanden, darauf kommt es unverändert an! Vielmehr müssen wir das Leben so nehmen, wie es Rosa Luxemburg in einem ihrer Briefe aus der Haft formuliert hat: "Tapfer, unverzagt und lächelnd - trotz alledem!"

FREIHEIT FÜR LINA E.!

Thomas Meyer-Falk z.Zt. JVA
<https://feedomforthomas.wordpress.com>

Informationen zum Brandanschlag auf die Mahnwache der Hambacher-Wald-Besetzung

Durch den Wurf von Molotow-Cocktails ging am frühen Morgen des 26. Dezember das Zelt der Mahnwache in Flammen auf. Für den Wiederaufbau ist Solidarität dringend erforderlich.

Gleich zu Beginn ist darauf hinzuweisen, dass die kurze Information über den Brandanschlag sich leider inhaltlich, vor allem auf Meldungen des Blogging-Dienstes „Twitters“ berufen muss. Ein für seriöse Berichterstattung ungeeignetes Format, das Kriterien für unabhängige Medien nicht ansatzweise erfüllt. Dort dürfen dann natürlich nicht, die für Soziale Medien typischen, hämischen Kommentare und dummdreisten Spekulationen über eine angebliche Inszenierung, offene Beifallsbekundungen und Hinweise zur folgenden „Bettelei“ um Spenden nicht fehlen. Es wäre sinnvoll, wenn wenigstens das Spektrum der Aktivist*innen und Unterstützer*innen, welches sich anarchistisch, autonom, antiautoritär libertär

oder ähnlich verortet, auf eigene Informationsstrukturen setzen würde. Twitter kann keine unabhängige Medienarbeit, mit Berichten in strukturierter Form, ersetzen.

Die polizeilichen Ermittlungen laufen. Der Verein „Buirer für Buir“ hat die Exekutive, laut eigener Auskunft, darüber informiert, dass am Tatort Molotow-Cocktails entdeckt wurden und hat jetzt die Hoffnung, dass DNA-Spuren existieren, die zur Aufklärung beitragen. Die Initiative weist daraufhin, dass eine Mahnwache eine Einrichtung nach dem Versammlungsrecht ist und eine Aufklärung der Tat demnach gesellschaftlich Relevanz besäße.

Es dürfte sich zwischen den verschiedenen Gruppen der Aktivist*innen und Unterstützer*innen keine Einigkeit darüber erzielen lassen, ob es eine Zusammenarbeit mit der

Polizei geben darf oder ob sie überhaupt Sinn macht. Viele Menschen vor Ort verfügten neben theoretischen Erkenntnissen über die Rolle der Polizei, inzwischen auch über einschlägige, reale Erfahrungen, mit der praktisch ausgelebten Arbeit der staatlichen Exekutive und mit ihr kooperierenden lokalen Sicherheitsdiensten.

Zu dem, was den bisherigen Meldungen zu entnehmen ist:

Am frühen Morgen des 26. Dezember ging ein großer Teil der Mahnwache und ihrer, für die Waldbesetzung wichtigen Infrastruktur, in Flammen auf. Auf Bildern ist zu erkennen, dass das Infozelt komplett zerstört wurde. Weitere Bilder zeigen Molotow-Cocktails, deren Wurf den Brand ausgelöst hat. Unversehrt blieb dagegen die Gedenkstätte, u.a. für die beiden Aktivist*innen „Vergissmeynicht“ und „Waka“. (Vergissmeynicht ist am 19. September 2018, während einer Räumung im Hambacher Wald, tödlich abgestürzt, der ehemalige Waldbesetzer „Waka“, ist am 07.10.2018 in Hajin/Nordostsyrien im Kampf gegen Daesh gefallen.)

Die Person, die in der Nacht die Mahnwache besetzt hielt, hielt sich in einem weiter abseitsstehenden Wohnwagen auf. Sie hat später berichtet, dass sie mehrere laute Knalle, wie bei einer Explosion von Feuerwerksböllern gehört, das Feuer gesehen und sofort die Feuerwehr gerufen hätte.

Spendenaufruf

Es ist klar, dass es weiterhin eine Anlauf- und Informationsstelle, wie die Mahnwache geben muss. Seit ihrer Errichtung, im August 2018 an der Ecke L276/L257 zwischen Bahnhof Buir und dem Hambacher Forst, ist sie eine gute Möglichkeit gewesen, sich gemeinsam über aktuelle Entwicklungen im Hambacher Wald auszutauschen. Hier wurden auch Spenden für die Waldbesetzung entgegengenommen und sortiert.

Damit es weitergehen kann (und es wird weitergehen!) wird jetzt dringend ein neues stabiles und rundum verschließbares Zelt, Bänke und Tische (Bierzeltgarnitur) benötigt. Auch Geldspenden sind sinnvoll, weil u.a. nach der Begutachtung der Brandursache hohe Kosten für die Entsorgung anfallen.

Spendet bitte auch an das gemeinnützige Konto:

IBAN DE03 3705 0299 0147 2708 03

BIC COKSDE33XXX

Kreissparkasse Köln

Kontoinhaber: Initiative Buirer für Buir

Stichwort: Mahnwache



SEND SOLIDARITY INSIDE PRISONS

